

Slowenien

Marko Lovec*

Auch aufgrund fehlender politischer Erfahrungen der Partei des modernen Zentrums (SMC) konnte es der regierenden Mitte-Links-Koalition nicht gelingen, weitreichende Strukturreformen durchzuführen, obwohl sich die wirtschaftliche und politische Lage in Slowenien weiterhin stabilisiert hatte. Die öffentliche Zustimmung für die Regierungskoalition sank,¹ während die politische Polarisierung im Land zunahm, als die größte Oppositionspartei ihre Rhetorik verschärfte, um Anhänger zu mobilisieren.

Die EU-Agenda war von der Migrations- und Flüchtlingsproblematik beherrscht. Im Oktober 2015, nachdem Ungarn seine südliche Grenze geschlossen hatte, veränderte sich der Verlauf des Migrationsstroms auf der Westbalkanroute und durchlief seitdem slowenisches Staatsgebiet. Dies stellte die Regierung vor große Probleme, denn die wiedereingeführten Grenzkontrollen in Nordeuropa bereiteten Sorgen darüber, dass die Flüchtlinge in Slowenien verbleiben würden. Im Frühjahr 2016 schafften es Österreich und Slowenien, in Zusammenarbeit mit den Staaten des westlichen Balkans die Westbalkanroute zu schließen. Daneben übten auch die beiden anderen Krisen der Europäischen Union, die Eurokrise und der Brexit, starken Druck auf Slowenien aus. Obwohl es Slowenien selbst auf die sichere Seite des Finanzradars schaffte, war es mit der Entscheidung über einen möglichen zweiten griechischen Bail-Out konfrontiert, ohne aufgrund seiner kleinen und offenen Volkswirtschaft einen wirklichen Einfluss auf die Neuverhandlungen nehmen zu können. Europas Krisen schwächten generell die Regierungskoalition. Die Flüchtlingskrise stärkte die politischen Mitte-Rechts-Kräfte, woraufhin auch die Regierung weiter nach rechts abrückte und Errichtung eines Grenzzauns beschloss. Damit verlor sie aber die Unterstützung der progressiveren Wählerschaft. Angesichts des geringen innerstaatlichen Rückhalts nahm die Regierung in EU-Belangen kaum eine entscheidende Rolle ein.

Stabiler, aber zunehmend gespalten

Die Vorzeichen im internationalen wirtschaftlichen Umfeld waren positiv und so gelang es Slowenien, gemessen an exportgestütztem Wirtschaftswachstum, erleichterten Refinanzierungsbedingungen für öffentliche und private Schulden und sinkender Arbeitslosigkeit auf einem Pfad makroökonomischer Stabilisierung zu bleiben.² Die von der Mitte-Links-Regierung um die SMC fortgeführte Konsolidierung der Staatsfinanzen führte zu Spannungen mit Vertretern des öffentlichen Sektors und auch Arbeitgebern, die aufgrund des Ausbleibens von Steuererleichterungen unzufrieden waren. Außerdem sah sich die Regierung mit Kritik bezüglich der Verwaltung von Staatseigentum und administrativer Systeme vor allem in den Bereichen Justiz, Gesundheit und Hochschulbildung konfron-

* Übersetzt aus dem Englischen von Jeldrik T.B. Grups und Julia Klein.

1 Ninamedia: Vox populi, 2016, abrufbar unter: <http://www.ninamedia.si/arhiv.php> (letzter Zugriff: 14.6.2016).

2 Institute of Macroeconomic analyses and development: Slovenian Economic Mirror 1-3/2016, abrufbar unter: http://www.umar.gov.si/en/publications/zapisi/?no_cache=1 (letzter Zugriff: 14.6.2016).

tiert. Die Wählerschaft ernüchterte schnell in Anbetracht der Unfähigkeit des Premierministers Miro Cerar, tiefgreifende Veränderungen hervorzubringen. Die politische Unerfahrenheit Cerars und der SMC, die es verschiedenen Interessengruppen ermöglichte, verstärkt Einfluss auf die Regierung auszuüben, wurde offensichtlich. Die sinkende Legitimität der Regierung erschwerte Reformen des Renten- und Steuersystems. Außenpolitisch brach im Juli 2015 mit der Veröffentlichung von Informationen über einen slowenischen Unterhändler in den Grenzdemarkationsverhandlungen mit Kroatien ein handfester Skandal aus, als bekannt wurde, dass dieser zu stark die slowenischen Interessen vertreten hatte. Begünstigt durch die unentschlossene Reaktion der slowenischen Politik in der Sache, zog sich Kroatien aus den Verhandlungen zurück.³

2016 zeichnete sich ab, dass die Sozialdemokratische Partei (SD) als die in der Bevölkerung beliebteste Koalitionspartei ist.⁴ Aufgrund des insgesamt schwachen Rückhalts für die Koalition, vor allem für die SMC, und wegen fehlender alternativer Programme versuchte die SD jedoch nicht, die Machtverhältnisse neu zu ordnen. Nur die dritte Koalitionspartei, die Demokratische Pensionistenpartei Sloweniens (DeSUS), konnte einige ihrer Interessen durchsetzen. Die Slowenische Demokratische Partei (SDS), die größte Oppositionspartei, radikalisierte ihre Rhetorik, um Wählerpotential zu mobilisieren. Angesichts der geringen Unterstützung für die Koalitionsparteien konnte sie in den Umfragen zur stärksten Partei heranwachsen.⁵ Aufgrund ihrer Radikalisierung wurde die Partei von Wählern der Mitte jedoch nicht als politische Alternative wahrgenommen, die Spannungen innerhalb des Mitte-Rechts-Spektrums blieben aber. Im Dezember 2015 verbanden sich zivilgesellschaftliche Organisationen mit der katholischen Kirche, sodass die Mitte-Rechts-Parteien das Referendum gegen das von der Oppositionspartei Vereinigte Linke vorgeschlagene und von der Regierung unterstützte Gleichberechtigungsgesetz für Schwule und Lesben in ihrem Sinne entscheiden konnten.⁶

Die Krisen der Europäischen Union als große Herausforderung

Im Sommer 2015 wurde die europäische Migrationskrise hauptsächlich als humanitäre Krise diskutiert. Umverteilungsquoten fanden zwar die grundsätzliche Unterstützung der Regierung, diese wandte sich jedoch wegen der umverteilenden Wirkung und aufgrund fehlender Erfahrungen mit der Integration von Zuwanderern gegen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene objektive Umverteilung von Flüchtlingen. Die Ankündigung Ungarns, angesichts des ansteigenden Flüchtlingsstroms über die Balkanroute einen Grenzzaun zu errichten und illegale Grenzübertritte unter Strafe zu stellen, fand auch Kritik in der slowenischen Regierung.⁷ Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen EU-Staaten, die die einseitige deutsche ‚Politik der offenen Tür‘ kritisierten und den Umverteilungsmechanismus ablehnten, nachdem er im Europäischen Rat im September 2015 mit einem Mehrheitsbeschluss gegen sie durchgesetzt wurde, entschied sich die slowenische Regierung doch, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

3 MMC RTV SLO: Avdio: „Guillame mi je dejal, da smo dobili, kar smo hoteli na morju“, 22.7.2015.

4 Ninamedia: Vox populi, 2016.

5 Ninamedia: Vox populi, 2016.

6 Delo: Referendum: nasprotnikom zakona uspelo, 20.12.2015, abrufbar unter: <http://www.delo.si/novice/politika/volvici-danes-o-usodi-novele-zakona-o-zakonski-zvezi.html> (letzter Zugriff: 14.6.2016).

7 Government of the Republic of Slovenia: Slovenia is prepared for the arrival of refugees, Press release, 28.8.2015, abrufbar unter: http://www.vlada.si/en/media_room/government_press_releases/press_release/article/slovenia_is_prepared_for_the_arrival_of_refugees_55261/ (letzter Zugriff: 14.6.2016).

Im Oktober 2015 stellte Ungarn den Bau seines Grenzzaunes fertig, was zu einer Umleitung des Flüchtlingsstroms über slowenisches Gebiet führte. Nach dem erfolglosen Versuch, Schengen aufrechtzuerhalten, wurde entschieden, den Flüchtlingen die Weiterreise zu erlauben. Die korrekte Durchführung der Schengen-Verfahren wurde auch von gegenläufigen Interessen der kroatischen Regierung behindert, die Flüchtlinge so schnell wie möglich weiterreisen ließ, um den Einfluss auf die in Kroatien anstehenden Parlamentswahlen zu minimieren. In den ersten Wochen hatten die slowenischen Behörden große Probleme, mit der Situation umzugehen. Zu Spitzenzeiten überstieg die Zahl der täglich ankommenden Flüchtlinge mit bis zu 12.500 die Zahl der slowenischen Polizeikräfte um das Doppelte. Darüber hinaus befand sich die Polizei zu diesem Zeitpunkt im Streik. Als dann die nördlichen EU-Mitgliedstaaten beschlossen, Grenzkontrollen einzuführen, um die Zahl der Ankommenden zu begrenzen, wurde in Slowenien die Sorge laut, das Land könne zu einem Staubecken für Flüchtlinge werden. Dies könne zu humanitären und sozialen Krisen führen. Es wurde auch über ein ‚Mini-Schengen‘ diskutiert, an dem Slowenien nicht teilnehmen solle. Darauf reagierte die slowenische Regierung im November mit der Errichtung eines Stacheldrahtzaunes an der Grenze zu Kroatien.⁸ Die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der Staaten des westlichen Balkans verbesserte sich jedoch und Transitkorridore wurden eingerichtet.⁹ Gegen Ende des Jahres 2015 sank witterungsbedingt die Zahl der ankommenden Flüchtlingen. Doch die Terroranschläge in Paris und die Angriffe auf Frauen in Köln schlugen sich negativ auf die öffentliche Meinung in Slowenien nieder. Seit Beginn des Jahres 2016 schafften es Slowenien und Österreich mit der Unterstützung einer Mehrheit der EU-Staaten, die Balkanroute durch einen Grenzzaun zwischen Griechenland und Mazedonien zu schließen. Als die Umverteilung wieder oben auf der EU-Agenda stand, wurden die ersten Kontingente von Flüchtlingen aus den Hot-Spots in Griechenland und Italien nach Slowenien umgesiedelt.¹⁰

Auch die Krise der Eurozone spielte weiterhin eine Rolle. Slowenien konnte ein Finanzaufsichtsverfahren erstmals seit dessen Einführung abwenden und war der Mitgliedstaat, der am stärksten gegen einen möglichen zweiten griechischen Bail-Out opponierte. Dušan Mramor, der slowenische Finanzminister, verlangte eine Neugewichtung der Risiken und dass Griechenland, was weitere Sparmaßnahmen betrifft, dem slowenischen Beispiel folgen müsse.¹¹ Seine Aussagen erlangten weltweit Medienaufmerksamkeit. Mehr Aufmerksamkeit wurde aber dem Thema Brexit zuteil. Als stark von Exporten und den Kapitalmärkten abhängige kleine Volkswirtschaft war Slowenien vergleichsweise machtlos; in den Neuverhandlungen der EU-Mitgliedschaftskonditionen Großbritanniens spielten eher die großen EU-Staaten eine entscheidende Rolle. Obwohl die slowenische Regie-

8 Government of the Republic of Slovenia: Government adopts urgent measures to control and limit the immigration influx, Press release, 20.10.2015, abrufbar unter: http://www.vlada.si/en/media_room/government_press_releases/press_release/article/government_adopts_urgent_measures_to_control_and_limit_the_migration_influx_56590/ (letzter Zugriff: 14.6.2016).

9 European Commission: Implementing the European Agenda on Migration: Progress Reports on Greece, Italy and the Western Balkans, Press release IP14/63/24, 15 December 2015, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6324_en.htm (letzter Zugriff: 14.6.2016).

10 Government of the Republic of Slovenia: The government approves the plan to relocate 567 persons from Italy and Greece, Press release, 10.3.2016, abrufbar unter: http://www.vlada.si/en/media_room/government_press_releases/press_release/article/government_adopts_information_society_development_strategy_to_2020_and_next_generation_broadband_network_development_plan_to_2020_57800/ (letzter Zugriff: 14.6.2016).

11 MMC RTV SLO: Mramor ob prihodu v Bruselj neusmeiljen do Grčije, 16.2.2016.

zung den Forderungen Großbritanniens hinsichtlich Freizügigkeit und wirtschaftlicher Governance eher skeptisch gegenüberstand (während sie sich für eine verstärkte Rolle nationaler Parlamente aussprach), zeigte Cerar jedoch Verständnis für die britische Position und sprach sich für den Zusammenhalt in der Europäischen Union aus.¹²

Regierung weiter geschwächt

Die Mitte-Rechts-Opposition profitierte von dem zögerlichen Umgang der Regierung mit der Migrationsproblematik und warf ihr ein Scheitern beim Versuch, Schengen zu retten, vor. Außerdem schlug sie die Schaffung einer Nationalgarde vor. Während die Migrationskrise noch im September 2015 eher als eine humanitäre Krise wahrgenommen wurde, favorisierten bereits im Oktober 80 Prozent der Bevölkerung einen Grenzzaun an der südlichen Landesgrenze.¹³ Die Regierung reagierte hierauf, indem sie einen von Ungarn bereitgestellten Stacheldrahtzaun errichtete und vorschlug, dem Militär spezielle Polizeiaufgaben zu übertragen. Dies traf jedoch auf Widerspruch bei Intellektuellen und der grenznahen Bevölkerung.¹⁴ Die Migrationsproblematik stärkte vor allem konservative Kräfte im Land, was auch einen Einfluss auf den Ausgang des Referendums über die Rechte von Schwulen und Lesben im Dezember 2015 gehabt haben kann. Obwohl sich die Regierung dem Migrationsthema zunehmend aus einer Perspektive der Versicherheitlichung annahm, gelang es ihr nicht, hierfür bei der Mitte-Rechts-Wählerschaft Unterstützung zu finden. Gleichzeitig verzieh eine große Zahl progressiver Wählerinnen und Wähler der Regierung die Entscheidung, einen Grenzzaun zu bauen, nicht. Der Regierung gelang es auch nicht, die anderen europäischen Krisen in politische Erfolge umzumünzen. Die Mitte-Rechts-Parteien vertraten die Ansicht, dass die Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union (und Sloweniens) für lange Zeit Geschichte wären, wenn man den Forderungen Großbritanniens ähnlich viel Beachtung schenke wie dem Versuch, Griechenland in der Eurozone zu halten. Diese Äußerungen des Finanzministers fanden bei der Mitte-Links-Wählerschaft jedoch kaum Zuspruch. Auch in der Brexit-Debatte wies die Bevölkerung viel weniger Verständnis für die britische Position auf als die Regierung.¹⁵ Bezüglich der Vorschläge der Europäischen Kommission, mit den Strukturreformen voranzuschreiten, fand die Regierung für ihre Reformvorschläge kaum Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Unzufriedenheit der Mittel-Links-Wählerschaft und die Performanz der Regierung hinsichtlich der europäischen Herausforderungen führte zu einer Stärkung der Partei Vereinigte Linke¹⁶ und die Enthaltungen beziehungsweise Unentschlossenheit der moderaten Wählerschaft machten die schwache Unterstützung für die Agenda der Regierung noch deutlicher.

Weiterführende Literatur

Neža Kogovšek Šalamon/Veronika Bajt (Hrsg.): *Razor-wired. Reflections on migration movements through Slovenia in 2015*, Peace institute, Brežice 2015.

12 Marko Lovec: Hoping for a remain vote. Preparations for a Brexit: views from Denmark, Italy, the Netherlands, Slovenia and Spain, Centre for European reform, 2016, abrufbar unter: <http://www.cer.org.uk/in-the-press/preparations-brexit-views-denmark-italy-netherlands-slovenia-and-spain> (letzter Zugriff: 14.6.2016).

13 Ninamedia: Vox populi, 2016.

14 Government of the Republic of Slovenia: government adopts urgent measures to control and limit the immigration influx, 2015.

15 Lovec: Hoping for a remain vote, 2016.

16 Ninamedia: Vox populi 2016.